Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Harald ZIERFUSS, Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, Dipl.-Päd. Silvia JANOCH und Julia KLIKA, BEd, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz)

betreffend effizienter und fachgerechter Einsatz von Pflichtschullehrern an Wiener Schulen

Grundsätzlich bekommen alle Bundesländer nach den gleichen objektiven Kriterien vom Bund denselben Anteil an Lehrerinnen und Lehrern pro Schüler finanziert, wobei für Deutschförderung, Mittelschulen und die Tagesbetreuung an Wiens Schulen Extra-Planstellen vergeben werden. Trotz dieser Gleichbehandlung saßen laut Statistik Austria im Schuljahr 2019/20 in Wiener Volksschulen mit durchschnittlich 21,7 Schülern pro Klasse durchschnittlich weit mehr Kinder als in anderen Bundesländern in den Klassen: Burgenland: 16,7; Kärnten: 16,7; Tirol: 17,5; Oberösterreich: 17,9; Steiermark: 18,1; Salzburg: 18,2, Vorarlberg: 18,2 und Niederösterreich: 18,4.

Durch die von Bildungsstadtrat Wiederkehr im Juni 2021 durchgeführte „Lehrerneuverteilung“ wird sich der Klassenschülerdurchschnitt noch einmal erhöhen, da das adaptierte Verteilungssystem ein Basiskontingent von einem Lehrer pro 25 Schüler vorsieht. Mit dem Ukraine-Krieg und der damit stetig steigenden Anzahl an ukrainischen Schülerinnen und Schülern in Wien wird die Situation ebenfalls verschärft.

Dazu kommt, dass die Herausforderungen im Wiener Bildungssystem ungleich größer sind als in anderen Bundesländern. So liegt laut Statistik Austria der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit nicht-deutscher Umgangssprache in Volksschulen bei 58,5 Prozent – in einigen Wiener Bezirken sogar über 80 Prozent. Weit mehr als ein Drittel (37,5 Prozent) aller außerordentlichen Schüler Österreichs, die aufgrund von mangelnden Deutschkenntnissen nicht als ordentliche Schüler geführt werden können, leben in Wien.

Aber anstatt die vom Bund finanzierten Lehrerinnen und Lehrer auch wirklich vor Ort im Klassenzimmer einzusetzen, werden diese Planstellen jedoch zum Teil für administrative und bürokratische Aufgaben missbraucht. Die Wiener Volkspartei hat deshalb an den Stadtrechnungshof ein entsprechendes Prüfersuchen gestellt, damit künftig alle vom Bund finanzierten Planstellen auch tatsächlich fachgerecht für die Wiener Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz wird aufgefordert, für einen effizienten Einsatz der vom Bund finanzierten Lehrerplanstellen zu sorgen und von einem nicht fachgerechten Einsatz abzusehen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, Harald ZIERFUSS, Dipl.-Päd. Silvia JANOCH und Julia KLIKA, BEd, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz)

betreffend Einführung eines Kompetenzkurses „Digitale Kompetenzen“ in das „StartWien“ Programm

„StartWien“ ist ein von unserer Stadt gefördertes Programm, welches Neuzugewanderten aus der EU und aus Drittstaaten eine Starthilfe, in Form von kostenlosen Integrationsangeboten bietet. Das Startcoaching ist ein Angebot der MA 17 – Integration und Diversität für alle neuen Wiener, die in den letzten zwei Jahren eine Erstniederlassungsbewilligung / Familienangehörige erhalten haben.

Im Rahmen des „StartWien“ Programms haben Neuzugewanderte die Möglichkeit, kostenlos Kurse über das „Familienleben in Österreich“, das „Bildungssystem in Österreich“, die „Arbeitswelt in Österreich“, usw. zu besuchen und sich auf diese Weise weiterzubilden und schrittweise zu integrieren. Die Kurse zu den 11 unterschiedlichen Modulthemen werden in 19 verschiedenen Sprachen angeboten, manche außerdem online.

„Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren alle Lebensbereiche erfasst – ohne digitale Leistungen ist eine moderne Gesellschaft undenkbar. Die Fortschrittskoalition hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, diese Entwicklung aktiv zu gestalten.“ So die Einleitung des Kapitels „Digitalisierungshauptstadt Wien“ (6.2) im aktuellen Regierungsprogramm. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und um neuzugewanderten Wienern eine gelungene Integration und Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglichen zu können, braucht es, insbesondere für die ältere Zielgruppe des „StartWien“ Programms, das Modul „Digitale Kompetenzen“. In diesem Kurs sollen digitale Basiskompetenzen nähergebracht werden, um technische Hürden des alltäglichen Lebens überwinden zu können. Der Kurs soll in deutscher Sprache – bei Bedarf mit entsprechender Dolmetsch-Begleitung - gehalten werden. Durch die Einführung dieses Modulthemas wird das Alltagsleben der Kursteilnehmer spürbar erleichtert.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Einführung des Moduls „Digitale Kompetenzen“ im Rahmen des „StartWien“ Programms aus. Dieses soll in Deutsch und bei Bedarf mit Dolmetsch-Begleitung abgehalten werden. Der zuständige amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz wird aufgefordert, sich für das Erlernen digitaler Kompetenzen neuzugewanderter Wiener einzusetzen, um ihnen eine erfolgreiche Integration und Teilhabe am Gesellschaftsleben zu ermöglichen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Harald ZIERFUSS, Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, Dipl.-Päd. Silvia JANOCH und Julia KLIKA, BEd, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz)

betreffend Intensivierung der Sprachförderung in Wiens Kindergärten

Obwohl das elementare Bildungswesen in Gesetzgebung und Vollziehung gemäß Art. 14 Abs. 4 lit. b des Bundes-Verfassungsgesetzes Aufgabe der Bundesländer ist, hat der Bund im Rahmen der 15a-Vereinbarung mit den Ländern die Mittel für die Elementarpädagogik massiv erhöht. So fließen in den nächsten fünf Jahren insgesamt mehr als eine Milliarde Euro in die Kindergärten des Landes. Damit erhöht sich der jährliche Zweckzuschuss des Bundes für die Länder von 142,4 Mio. Euro auf 200 Mio. Euro pro Jahr, was ein Plus von 40 Prozent bedeutet. Durch die Steigerung des flexibel einsetzbaren Investitionsanteils auf 30 statt 10 Prozent kann künftig auch ein viel größerer Anteil in die Sprachförderung fließen.

Dies ist vor allem auch in Wien dringend notwendig. Schließlich sind laut einer Anfragebeantwortung von Stadtrat Wiederkehr vom 21.03.2022 mehr als 60 Prozent jener Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2020/21 aufgrund von Deutsch-Problemen als außerordentliche Schüler geführt wurden, bereits in Österreich geboren. Rund 80 Prozent dieser Kinder haben mehr als zwei Jahre Kindergarten besucht und 31 Prozent davon besitzen sogar die österreichische Staatsbürgerschaft. Dennoch haben diese Schulanfänger bei ihrer Einschulung zu wenig Deutschkenntnisse, um dem Unterricht folgen und damit als ordentliche Schüler geführt werden zu können.

Die gezielte sprachliche Frühförderung in Wiens Kindergärten ist damit ein Gebot der Stunde. Vorrangiges Ziel muss es sein, dass jedes in Österreich geborene Kind zu Schulbeginn ausreichend Deutsch kann, um auch als ordentlicher Schüler geführt werden zu können. Die Kenntnis der Unterrichtssprache Deutsch ist schließlich die Grundlage für die Beteiligung an allen Bildungsprozessen, bildet eine wesentliche Voraussetzung für den Schulerfolg sowie die spätere Integration am Arbeitsmarkt und ist relevant für die Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in Österreich.

Dazu braucht es in Wiens Kindergärten einen ganz klaren Schwerpunkt und massiven Ausbau der Sprachförderung inklusive einem begleitenden und umfassenden Maßnahmenpaket zur allgemeinen Qualitätssteigerung der Rahmenbedingungen, um Kinder ausreichend auf den Schuleintritt vorzubereiten zu können.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz wird aufgefordert, massiv in den Ausbau der Sprachförderung im Kindergarten zu investieren und für eine allgemeine Qualitätssteigerung der Rahmenbedingungen in Wiens Kindergärten zu sorgen. Dazu braucht es neben kleineren Gruppen und einer Erhöhung des Fachkraft-Kind-Schlüssels auch einen massiven und rascheren Ausbau der Sprachförderkräfte sowie die Mindestanforderung Sprachniveau C1 beim gesamten Kindergartenpersonal.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Harald ZIERFUSS, Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, Dipl.-Päd. Silvia JANOCH und Julia KLIKA, BEd, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz)

betreffend Wahlfreiheit und finanzielle Gerechtigkeit bei Nachmittagsbetreuung an Wiener Pflichtschulen

Die Wiener Volkspartei unterstützt ausdrücklich den Ausbau von Nachmittagsbetreuungsangeboten für Wiener Schülerinnen und Schüler. Dies darf jedoch keinesfalls zur Einschränkung der Wahlfreiheit von Wiener Familien oder zu finanziellen Ungerechtigkeiten bei der Wahl der Nachmittagsbetreuung führen.

Allerdings ist mit dem von der Wiener Stadtregierung beschlossenen Ausbau von rund zehn verschränkten Ganztagsschulen pro Jahr genau das der Fall. Einerseits werden willkürlich Halbtagsschulen mit Hort oder offene Volksschulen ohne Befassung des Schulforums in verschränkte Ganztagsschulen umgewandelt. Andererseits werden Halbtagsschulen mit Hort oder offene Volksschulen durch das Gratis-Angebot der verschränkten Ganztagsschulen finanziell massiv benachteiligt und damit schleichend eine echte Wahlfreiheit für Wiener Familien untergraben.

Um die Wahlfreiheit von Familien bei der Wahl der Nachmittagsbetreuung für ihre Kinder weiter zu erhalten, ist die verpflichtende Befassung des Schulforums ein Gebot der Stunde. Dieses rechtlich garantierte Mitbestimmungsrecht der Schulpartner wurde 2006 aus dem Wiener Schulgesetz eliminiert, womit ein wesentliches demokratisches Mitentscheidungsrecht für Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer entfiel. Damit Schulautonomie, Partizipation und Mitbestimmung in Wiener Schulen nicht leere Worthülsen bleiben, soll die verpflichtende Einbindung und Befassung des Schulforums bei der Umwandlung der Schulform wieder gesetzlich verankert und eine entsprechende Novelle ausgearbeitet werden.

Zur Wahrung einer echten Wahlfreiheit bei der Nachmittagsbetreuung an Wiener Pflichtschulen muss auch die derzeit bestehende finanzielle Ungerechtigkeit zwischen verschränkten Ganztagsschulen, Halbtagsschulen mit Hort und offenen Volksschulen beseitigt werden. Dazu müssen alle Kinder in Wien bis 15:30 Uhr kostenlos betreut werden, unabhängig davon, in welchem Schultyp sie einen Schulplatz für ihr Kind bekommen haben.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz wird aufgefordert, Wahlfreiheit und finanzielle Gerechtigkeit bei der Nachmittagsbetreuung an Wiener Pflichtschulen zu gewährleisten. Dazu gilt es, die Befassung des Schulforums bei der Umwandlung der Schulform gesetzlich zu verankern sowie die bestehende finanzielle Ungerechtigkeit zwischen „verschränkten Gratis-Ganztagsschulen“, „offenen Schulen“ und Horten zu beenden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28.06.2022

Die Wiener Volkspartei
Rathausklub

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dipl.-Päd. Silvia JANOCH, Markus GRIESSLER, Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, Julia KLIKA, BEd, und Harald ZIERFUSS. eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz)

betreffend Reform der Summer City Camps

In Wien leben rund 157.800 Kinder zwischen 6 und 15 Jahren und Eltern stehen in den Sommerferien vor der Herausforderung, eine gute Betreuung sicher zu stellen. Es gibt zwar in Wien grundsätzlich eine breite Palette an privaten wie öffentlichen Ferienbetreuungsangeboten, doch sind diese für Familien häufig finanziell nicht leistbar. Das gilt insbesondere für Mehrkindfamilien. Die Stadt Wien steht in der Verantwortung, Familien zu entlasten und bei der Ferienbetreuung zu unterstützen.

Mit einem Förderbetrag von insgesamt 9 Mio Euro schafft die Stadt Wien im Rahmen der Summer City Camps in Kooperation mit vier Vereinen 24.000 Ferienbetreuungsplätze. Unter Einberechnung des Elternbeitrag von 50 Euro / Woche kommt man auf Gesamtkosten von 425 Euro pro Kinderbetreuungsplatz pro Woche. Damit befindet man sich hinsichtlich der Kosten im vergleichsweisen hochpreisigen Segment. Eltern können ihre Kinder online anmelden. Es gilt das first come / first serve Prinzip.

Grundsätzlich hat die Stadt Wien den Bedarf an geförderter Kinderbetreuung richtig erkannt, wählt aber das falsche Modell und scheitert an der Umsetzung.

Wien entmündigt die Eltern.

Plakativ gesagt gibt es zwei Möglichkeiten die Ferienbetreuung finanziell zu unterstützen. Entweder man vertraut Familien und unterstützt diese direkt z.B. mittels Gutscheine, sodass sie selber aus dem reichhaltigen Ferienbetreuungsangebot öffentlicher wie privater Initiativen wählen. Oder aber man traut den Eltern diese Entscheidung nicht zu und fördert vier ausgesuchte Anbieter, deren Auswahl intransparent und ohne vorherige Ausschreibung erfolgt.

Wien verringert das Angebot.

Wettbewerbsverzerrung führt über kurz oder lang zu insgesamt weniger Angebot. Wegen der großzügigen Förderung durch die Stadt Wien, können die vier Anbieter der Vienna Summer City Camps ihr Angebot um unschlagbare 50 EUR pro Kind und Woche anbieten. Tatsächlich kostet ein Betreuungsplatz durchschnittlich 425 EUR, davon 375 EUR Steuergeld. Die privaten nicht geförderten Anbieter von Ferienbetreuung können, obwohl ihr Angebot nicht selten günstiger und besser ist, nicht konkurrieren. Ihr Geschäftsmodell rechnet sich nicht mehr und nicht wenige werden mittelfristig ihre Tätigkeit einstellen müssen. Das Ergebnis ist, dass trotz hoher Förderungen, sich das Angebot von Ferienbetreuung verknappt.

Wien lässt Familien keine Wahl.

Es ist wenig überraschend, dass die SPÖ bei Problemlösungen auf staatliche Lenkung setzt, anstatt auf Privatinitiative und Wettbewerb. Dass die Neos aber sogar im eigenen Bildungsressort nicht in der Lage sind, davon abzugehen, ist leider auch nicht mehr verwunderlich. Da nur einige wenige Anbieter die Vienna Summer City Camps für 50 EUR

pro Kind und Woche betreiben, haben vor allem finanzschwache Familien keine andere Wahl, als dieses Angebot anzunehmen. Das erinnert an die zwangsweise Umstellung auf verschränkte kostenlose Ganztagsschulen. Das alternative weiterhin kostenpflichte Angebot von Nachmittagsbetreuung im Hort ist somit für viele finanziell nicht attraktiv und geht zurück. Würde man hingegen direkt die Eltern mit einem Gutschein von 375 EUR pro Kind fördern, was dem gleichen Betrag entspricht, der durchschnittlich pro Betreuungsplatz gefördert wird, könnten die Familien diesen bei einem Ferienbetreuungsanbieter ihrer Wahl einlösen. Es läge in ihrer Hand, welches pädagogische Konzept sie wählen, wann und wo die Betreuung stattfindet und ob der Betreiber eine weltanschauliche Ausrichtung hat oder nicht. Sie könnten das Preis-Leistungsverhältnis vergleichen und womöglich für ihren Gutschein mehr als nur eine Woche Kinderbetreuung erhalten. Kurz gesagt: Eltern, die das Beste für ihre Kinder wollen, werden das beste Angebot wählen. Die besten Anbieter werden sich durchsetzen, weil sie in einer gesunden Konkurrenz zueinanderstehen. Anbieter, die wegen einer direkten Förderung einen klaren Wettbewerbsvorteil haben, stehen nicht unter dem Druck, ihr Angebot zu verbessern.

Wien ist unflexibel.

Die Anmeldung zu den Summer City Camps erfolgte im Jahr 2022 am 20 April online. Es galt das first come – first serve Prinzip. Das führte dazu, dass verzweifelte Eltern den Moment des Anmeldestarts um 9 Uhr vor dem Computer abwarteten und zu Tausenden gleichzeitig versuchten ihre Kinder anzumelden. Das System stürzte, so wie bereits in den Vorjahren, ab. Eltern mussten über mehrere Browser und über Stunden hinweg versuchen, die Anmeldungen abzuschließen. Da die verfügbaren Plätze innerhalb kürzester Zeit ausgebucht waren, mussten Eltern sehr rasch die Anmeldungen für ihre Kinder durchzuführen. Wenn das Wunschangebot ausgebucht war, musste eine Alternative gefunden werden, in einer anderen Woche und oder an einem anderen Ort. So etwas braucht aber sorgfältige Planung, vor allem, wenn man mehrere Kinder hat. Wie viel leichter wäre es, wenn Eltern die Förderung direkt über Gutscheine erhalten würden und diese in einem nicht künstlich verknappten Markt in Ruhe und nach reiflicher Überlegung einlösen könnten.

Familien brauchen Unterstützung bei der Sommerferienbetreuung ihrer Kinder. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sind sie für die Betreuung ihrer Kinder verantwortlich, weshalb die Unterstützung auch bei ihnen ansetzen soll. Nicht die Stadt soll mittels ausgewählter Betreiber, die zu einem Großteil in einem Naheverhältnis mit der SPÖ stehen, ein eigenes Angebot schaffen und somit das Gesamtangebot künstlich verknappen, sondern die Familien sollen aus dem bestehenden Angebot frei wählen. Deshalb schlagen wir eine Reform der Summer City Camps vor.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz auf, die Summer City Camps nach folgendem Modell zu reformieren:

Es ist auf ein Gutscheinmodell umzusteigen. Das Gesamtbudget von 9 Millionen Euro soll beibehalten werden, wobei laufend evaluiert werden muss, ob dieses Angebot ausreichend ist. Anstatt einzelne Betreuungsanbieter zu fördern, sollen Familien einen Gutschein von 250 EUR pro Kind erwerben können. Wie bisher ist hierfür ein Selbstbetrag von 50 Euro zu

leisten. Diesen Gutschein sollen Familien im Sommer bei einer Wiener Ferienbetreuungseinrichtung ihrer Wahl einlösen können. Sollte das Angebot günstiger sein, soll der Restbetrag für weitere Betreuungsdienste eingelöst werden können. Somit werden wesentlich mehr als die ursprünglichen 24.000 Betreuungsplätze gefördert.

Vom first come – first serve Prinzip muss abgegangen werden, da es Personen ohne Bürojob benachteiligt. Die Anmeldung soll über mehrere Tage hinweg erfolgen können. Die tatsächliche Zuteilung der Gutscheine erfolgt nach dem Zufallsprinzip.

Alle Ferienbetreuungsanbieter in Wien sollen die Möglichkeit haben, ihre Angebote in eine öffentlich einsehbare Liste eintragen zu können. Bei allen eingetragenen Projekten sollen die Gutscheine eingelöst werden können.

Der gesamte Prozess soll digital abgewickelt werden können.

In formeller Hinsicht wird sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.06.2022